

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 66.50 M., durch Boten bezogen monatlich 70.00 M., bei Postbezug monatlich 32.00 M. frei Haus, Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnnummer 3.00 M. Postschiffporto: Amt Leipzig Nr. 16.654. Geschäftsstelle: Halberstraße 4. Für unerreichte Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Spaltenmeter Millimeter Zahraum 3.00 M., 10 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besteller auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 10 M. in Zahlung genommen. Ziffergröße 2.00 M. Porto besonders. Anzeigen für den Vormittag 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 208.

Dienstag, den 5. September 1922.

162. Jahrgang.

Lageschronik

Die Belgier rechnen mit einem befriedigenden Abschluß der Garantiebehandlungen innerhalb dreier Tage.

Ein Sachlieferungsvertrag zwischen Stinnes und den französischen Wiederanbaugesellschaften.

Ein einfacher Brief soll vom 1. Oktober ab 10 Mark Porto kosten.

In verschiedenen Abteilungen wurde das Verfahren von Nachforschungen abgelehnt.

Die Niederlage der Griechen in Kleinasien ist eine katastrophale.

Auch Belgien in der Garantiefrage sehr optimistisch.

Frankreichs Sorge um die Verbesserung Belgiens.

Paris, 5. September. Die beiden belgischen Delegierten Delcroix und Belmontin sind mit dem auf der Brüsseler Finanzkonferenz ernannten Sachverständigen, dem Bankier Philippin nach einer letzten Konferenz, die im Laufe des gestrigen Nachmittags mit dem Ministerpräsidenten Deunis und dem Außenminister Sarraute, ihre Reise nach Berlin angetreten. Eine Brüsseler „Zempe“ Meldung besagt bereits die Stimmung in belgischen politischen Kreisen als optimistisch. Eine interessante Ergänzung dieser Nachricht wird durch ein Interview gegeben, das einer der belgischen Delegierten, dessen Name nicht genannt wird, dem belgischen Berichterstatter des „Zempe“ gemacht. Danach werden von Belgien von der Reichsregierung Garantien verlangt, die es ihr ermöglichen, 270 Millionen deutsche Schatzwechsel je nach Bedarf auszugeben oder teilweise bei der Bank von England oder der holländischen Bank oder dem Garantierat bei sich zu befehlen. Als deutsche Garantie würde es, K. S. genügen, wenn die Reichsbank sich verpflichtet, einen der Garantie entsprechenden Zeit ihres Goldbestandes unter allen Umständen anzuwenden zu lassen. Belgien hätte sein Interesse, die Gewissheit der Reichsbank zu erlangen, und anders zu deponieren. Es sei Deutschland freigestellt, seine Forderungen in Bezug auf die erforderlichen Kredite zu machen. Im übrigen glaubt der Delegierte, daß die Verhandlungen, die am Mittwoch morgen in Berlin eröffnet werden,

innerhalb drei Tagen zum Abschluß gebracht werden können.

In einer offiziell gehaltenen Note und in einer Brüsseler Korrespondenz bemüht sich der „Zempe“, die Verhandlungen hinsichtlich einer Verbesserung Belgiens durch die deutsche Regierung zu zerreißen. Das Blatt sagt, diese Verhandlungen seien in gewissen interalliierten Kreisen erwidert. Der „Zempe“ erklärt im Hinblick darauf, daß bei der Diskussion in der Reparationskommission der belgische Delegierte ausdrücklich die Zustimmung gegeben habe, daß Belgien nicht beabsichtigt, auf Unwegen Deutschland ein Moratorium zu geben, und daß es die deutschen Schatzwechsel auch wirklich einlösen werde. Die Reichsregierung werde sich deshalb positiven Sicherungen nicht entziehen können.

Eine Verständigung zwischen Deutschland und Belgien kann, wenn sie zustande kommt, die deutschen Schuldverhältnisse noch nicht beheben. Deutschland liegen in der Frage der Möglichkeit zu einem noch größeren Verschuldungen, ob, sobald erst der bevorstehende Ausgang dieser Verhandlungen eine Klarheit darüber geben wird, ob Deutschland sich finanziell bis zum Herbst halten kann.

Höfen und Haren

Nach einer Meldung aus London bringt man sich unterrichtet in den Kreisen von einem Plan von Lord Cecil, der der gegenwärtigen Silberunbeständigkeit unerbittlich werden soll, in dem der britische Delegierte die Ernennung einer fünfschichtigen Untersuchungskommission verlangt, um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu studieren.

Das erste Wirtschafts-Abkommen mit Frankreich.

Wie mir zuverlässig bekannt ist, es Stinnes gelungen, mit dem Vorstehen des Generalverbandes der französischen Wiederanbaugesellschaften ein Abkommen zu treffen, das als erstes bedeutendes Wirtschafts-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich angesehen werden kann. Es handelt sich um große Lieferungen für den Wiederanbau in Frankreich. Da diese Lieferungen unter das Sachlieferungsvertrag fallen, wird zunächst die Genehmigung der Regierung notwendig sein. Es ist aber anzunehmen, daß Stinnes, der vorher mit der Regierung über das Abkommen mit der Regierung sprach, nicht ohne die Intervention der Regierung hinausgegangen ist. In den Parteien der Linken erhebt sich infolge dieses ersten Erfolges Stinnes eine scharfe Opposition gegen ihn, da man befürchtet, daß er die Regierung zu hart beschuldigen könne. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir,

daß die Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit bei der Regierung vorstellig werden und verlangen wollen, daß die Regierung sich über die Sachlage über diese Abmachungen gibt, die, da sie als Sachlieferung von der Regierung bezahlt werden müssen, von den Parteien geteilt werden müßten.

Poincaré korrigiert sich.

Die unheilkräftige Schuldennot.

London, 5. September. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Artikel, Poincaré legte seine Note sei eines jener Dokumente, die sich in der letzten Zeit über diese Abmachungen gibt, die, da sie als Sachlieferung von der Regierung bezahlt werden müssen, von den Parteien geteilt werden müßten. Die Note Poincarés als die unheilkräftigste und am meisten unheilkräftigste, die seit dem Krieges ausgegeben worden sei. Sie sei unheilkräftig in der ganzen absichtlichen Beschäftigung dessen, was Großbritannien für Frankreich getan habe und unheilkräftig in dem vollkommen grundlosen Vergleich, der zwischen den britischen und amerikanischen Vorforderungen im Weltkrieg gezogen wird, für den man schließlich einen anderen Vergleich finden könne als den, böses Blut zwischen England und Amerika zu erregen. „Daily Chronicle“ fährt fort: Wir haben nicht die Mühe, in Poincarés Falle zu laufen und den Vergleich bis zu Ende durchzuführen. Wenn in unserem Handeln der Antrieb zum Beginn des Krieges gefunden worden sei, sollte es in das seltsame Argument, das uns vom Premierminister einer europäischen Nation ins Gesicht geworfen wird, die durch unsere schnelle Hilfe vor der Vernichtung bewahrt worden ist.

Wie der „Zempe“ gemeldet wird, ist inzwischen vom Lord d'Orlay eine „Korrektur“ nach London übermittelt worden, die die Darlegungen der Note Poincarés über den Unterschied zwischen den Forderungen und Worten der Kriegsvereinerung der Vereinten Staaten und Great Britains, die in England zu böses Blut gemacht haben, ein wenig mildern soll. Der von den Engländern vor allem beanstandete Satz soll danach lauten: „Man darf hingegen nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten in der Krieg ergriffen, ohne daß ihre Existenz direkt bedroht war, um den Gegnern zu verbleiben, die die Grundlage der Zivilisation bildet, während Great-Britannien und Frankreich außerdem noch nicht nur ihre Unabhängigkeit und ihr Recht, sondern auch das Leben, Eigentum und Erbschaft ihrer Landbevölkerung zu verlieren hatten.“ In dem ursprünglichen Texte fehlte das Wort „außerdem“.

Preußens Dank an die Oberschlesier.

Die preussische Staatsregierung hat an den Oberpräsidenten in Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: „Mit gewaltiger Mehrheit hat sich die obereschlesische Bevölkerung am 3. September für das Verbleiben beim preussischen Staat ausgesprochen. Die preussische Staatsregierung dankt den Oberschlesiern auf das Wärmste für diesen Beweis der Treue. Es wird ihren Ehrgeiz darin erblicken, in garnisonmäßiger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung das Land zu neuer Blüte emporzuführen.“

Ministerpräsident Braun.

Ein Brief 10 Mark.

Eine neue Heberung des „Ministers gegen den Postverkehr“.

Berlin, 5. Sept. In der Sitzung des Verkehrsbeirates, der beim Reichspostministerium errichtet ist, kam es am Montag zu einer Heberung, die durch eine Rede des Reichspostministers hervorgerufen wurde. Giesberts legte in längerer Ausführungen dar, daß die beiden Entwurfsüber die Erhöhung der Postgebühren durch die große Geldentwertung bereits überflüssig und eine neue große Mittel zur Entlastung der Post durchgeführt werden müßte. Die Vorlage, die ursprünglich dem Verkehrsbeirat unterbreitet worden war, sah eine Fernbriefgebühr von sechs Mark und eine etwa 100prozentige Erhöhung der sonstigen Gebühren vor. Von einer Erhöhung der Gebühren wurde nun mit Rücksicht auf die Notlage im Zeitungswesen Abstand genommen worden. Nunmehr aber brachte der Reichspostminister einen neuen Entwurf ein, dessen Annahme er aufs dringlichste empfiehlt, und zwar sollen in Zukunft die Gebühren wie folgt erhöht werden:

Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr je nach Ort bis 20 Gramm vier Mark, im Fernverkehr bis 20 Gramm je ein Mark, 25 Mark in der Postzone bis fünf Kilogramm 30 Mark, Telegraphen bis fünf Kilogramm 80 Mark, Telegramme bis fünf Kilogramm im Ortsverkehr Mindestgebühr 30 Mark (Vorgebühr drei Mark), im Fernverkehr Mindestgebühr 50 Mark (Vorgebühr fünf Mark).

Fernsprechgebühren werden durch das Fernsprechübertragungsbestimmten Gebührentarife um 700 Prozent.

Wohnanmeldungen bis 100 Mark je ein Mark, 100 bis 500 Mark je ein Mark, 500 bis 1000 Mark je ein Mark.

Ursachen zum Optimismus?

Kann hat sich die unmittelbare Bedrohung etwas gemildert, da segelt das deutsche Volk, Regierung und Parteien wieder auf einer rosenroten Wolke froher Hoffnungen. Der Optimismus, der sich in den letzten Tagen wie eine Epidemie verbreitet, findet seinen Anlaß in der angeblich nicht unglücklichen Entscheidung der Reparationskommission in Paris, welche uns kein Moratorium gewährt, wohl aber die belgischen Forderungen und das Verlangen nach „wesentlichen“ Garantien einstimmig gut heißt. Herr Poincaré hat sich für befriedigt erklärt, man sagt, er habe seine erste Niederlage erlitten. Man sollte in Deutschland mit dem Worte „politische Niederlage“ etwas vorsichtiger umgehen. Man hat schon öfters vernommen, daß Herr Poincaré seine Politik radikal ändern wolle, aber bisher ist noch nichts zur Tat geworden. Vielmehr müssen wir feststellen, daß sich das französische Programm durchaus folgerichtig und klar entwickelt hat. Es wird immer weniger wirtschaftlich und immer mehr politisch militärisch. Das Kaufkraftfahrzeug verbandelt sich vor unseren Augen in ein schwerbeschäftigtes Kriegsschiff, dessen Abschluß nicht in der Förderung des deutsch-französischen Warenverkehrs besteht. Nein, wir dürfen uns vor dem Saeten einer Welle nicht täuschen lassen und es wäre Pflicht der Regierung gerade in diesem Augenblick einer verstärkten Hoffung, weiteren Enttäuschungen dadurch vorzubeugen, daß sie die Lage klar und ungeschönt darlegt. Sie sieht dieses Bedürfnis an. Man hat in Paris sehr weitgehende Angebote gemacht, von denen das deutsche Volk erst hinterher etwas zu hören bekommt. Man hat auch hierfür den unbedingten Ausschluß des Reichstages nicht einkalkuliert. Man hat nicht einmal einen Außenminister ernannt. Wir werden nicht parlamentarisch, wir werden diktatorisch regieren.

Das könnte ein Vorteil sein, wenn man die innerpolitische Lage betrachtet. Wir stehen ansehnlich vor einer allgemeinen Besserbewegung, weil viele Bevölkerungsklassen mit ihrem bisherigen Einkommen nicht mehr leben können. Wie bittere Not herrscht. Aus Zäpfen kommen Nachrichten, die von Ausflüchtlern im Herbst sprechen. In anderen Landesteilen wird es nicht anders aussehen. Wir stehen vor einer ersten Ernährungskrise. Nicht etwa weil die Getreideverträge, die katastrophal nicht ausreichen, sondern deswegen, weil die Landwirtschaft heute wegen der Unlieferbarkeit der Selbstvermarktung nur auf die Gefahr des Bankrotts verkaufen kann. Schon bei dem Verkauf der vordrigen Ernte haben viele Landwirte wegen der rapiden Geldentwertung Verluste erlitten, bei der gegenwärtigen Geldentwertung ist die Gefahr doppelt groß. Alle Symptome auf die Ursachen der „Zerlegung“, die in Wirklichkeit eine Geldentwertung werden nichts fruchtbar. Damit wird die Wirtschaft nicht aufgemacht. Anderserseits kann man sich der fortgesetzten kritischen außenpolitischen Lage auf keine Selbsterhaltung des Vertrauens der Wirtschaft rechnen. Neben der französischen Gefahr besteht die Gefahr der Kleinen Entente. Und so kann der Mark keine günstige Prognose gestellt werden, und zwar umso weniger, je unglücklicher gerade in Zusammenhang mit der Verschlechterung der außenpolitischen Lage sich die innenpolitische Lage kritischer gestaltet. Denn es muß gesagt werden, daß die Beilegung der aktuellen Krise in Paris noch keine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage bedeutet.

Bedenklich wird es darauf ankommen, den Geldumlauf zu verkleinern, um ihn der wirklichen Kaufkraft der Mark anzupassen. Die Reichsbankverleiher stellt gegenwärtig zwei Milliarden Mark Noten täglich her.

Auch abgesehen von der Reparationsfrage, von Dollarkurs und Innenpolitik hat sich das Ansehen der Welt nicht verbessert. In Kleinasien haben die Türken eine erfolgreiche Offensive gegen die Griechen unternommen und die griechische Front an drei Stellen durchbrochen. Die griechische Armee befindet sich in der Auflösung. Das hat weit mehr zu bedeuten als einen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland. Es ist der Auftakt der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und England. England unterstützt die Griechen, Frankreich die Türken. Englands Stellung im Osten ist damit auf's Neue erschüttert. Die griechische Niederlage wird Nachwirkungen in Indien haben. Frankreich wird wieder zur Vormacht des Islam. Der Islam im Englands gefährlichster Feind.

Unterdessen verduftet man ansehend einen russisch-englischen Ausgleich herbeizuführen, um die Niederlage in Osten auszugleichen. Herr Lloyd, der englische „Stinnes“ verbandelt angeblich gegenwärtig mit Krawall in Berlin. Da aber Russland ebenfalls mit dem Islam im Bunde liegt und antinational in seiner Einstellung als asiatisches Volk, wird eine wirkliche Entspannung wohl nicht erzielt.

Sitzung des Kreistages.

werden. Poincaré triumphiert — das ist das Ergebnis dieser Tage — auch wenn er scheinbar zurückweicht. Frankreich wird sich auch mit Ausland verständigen. Die Einkreise Deutschlands ist wie im Sommer 1914 fertig vollzogen. Der einzige Unterschied ist der, daß die Vereinigten Staaten diesmal abseits stehen. Und dies ist vielleicht der einzige Lichtblick, der uns eine Zuspätkommen in dem Meer der Enttäuschung zeigt.

Selbst dann, wenn diese Vorlage, die am 1. Oktober in Kraft gesetzt werden soll, Annahme findet, erklärte der Minister, selbst dann würde noch immer ein Defizit von 15 Milliarden Mark übrig bleiben.

Der Widerstand gegen die Ueberflüssigkeiten.

Der alte Bergarbeiterverband und die übrigen Verbände und Gewerkschaften haben nach der „Rhein-Westfäl. Zeitung“ sich gegen die Erweiterung der Ueberflüssigkeiten ausgesprochen, die zur Garantierung der Reparationslieferungen in dem Plane von Simons vorgesehen waren. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft getretenen Ueberflüssigkeitenabkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der überhöhten Beschaffenheit der Bergleute auf Schwierigkeiten stößt.

Nachdem wir hier bereits berichtet haben, sich die Bergarbeiter des Rheinischen Steinkohlenreviers gegen das Verschärfen einer täglichen Ueberflüssigkeit ausgesprochen haben, lehnen nunmehr auch die Bergarbeiter im Ruhr-Bezirk Revier in geheimen Abstimmungen die Einkreuzung einer täglichen Ueberflüssigkeit ab. Damit kommt ein Verfahren von Ueberflüssigkeiten im schächlichen Steinkohlenbergbau nicht mehr in Frage.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Damburg, 5. Sept. Die Konferenz der Ernährungsminister, bei der alle Länder, zumeist durch ihre Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, vertreten sind, wurde am Montag morgen im Rathaus durch Bürgermeister Dr. Diebel im Namen der Hamburgischen Regierung begrüßt. Reichsernährungsminister Dr. v. Helldorf übernahm sodann den Vorsitz, dankte Damburg für die Einladung und eröffnete die allgemeine Aussprache über die Lage, wobei in erster Linie die Frage der Getreide- und Futtererzeugung besprochen wurde. Staatssekretär Dr. v. Helldorf sprach sodann über die gegenwärtigen Situation auf diesem Gebiete. Hierauf begann die Eingangsprache.

D. von Dröbner.

Berlin, 5. September. Der langjährige Oberhof- und Danziger P. von Dröbner ist gestern im Alter von 79 Jahren seinem langjährigen Kranklager nach dem Tode der Frau verstorben. Die Beerdigung wird am Montag in der Kapelle der evangelischen Kirche in Berlin stattfinden. Der Verstorbene hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Er war ein Mann von hohem Ansehen und hatte eine große Anzahl von Freunden.

Die Arbeitsgemeinschaften.

Von der linken Seite macht sich eine erkennbare Opposition bemerkbar, die sich gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung richtet. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, sind die Sozialdemokraten beim Reichstagesantritt sehr zurückhaltend. Sie erwarten, daß die Regierung einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung im Herbst abzulehnen. Dieser Gegenwärtigkeit der linken werden die Demokraten, wie wir weiter hören, dadurch begünstigt, daß sie verlangen, die Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei für den Herbst aufzuheben. Weiter hören wir noch, daß die beiden sozialistischen Parteien gehen in einer Versprechung die Vereinigung der beiden Parteien so weit vorbereitet haben, daß der gemeinsame Antrag in Nürnberg die offizielle Vereinbarung bringen kann. Aus dem nächsten Aktionsprogramm ist das endgültige Aktionsprogramm geschlossen worden. Die finanziellen Verhältnisse der Unabhängigen sind unheilbar geworden. Damit erklärt sich vollst. diese Seite.

Düringer soll sein Mandat niederlegen.

Der Bundesauschuss der Deutschnationalen Volkspartei in Baden, der am Montag in Karlsruhe unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes eine Versammlung abhielt, nahm zum Stellungnahme zum Reichstagesantritt Dr. Düringer aus der Reichstagesfraktion. Unter Berücksichtigung aller Umstände wurde einstimmig beschlossen, Dr. Düringer aufzufordern, daß er sein Mandat niederlegen solle. Die Deutschnationalen Volkspartei und kein Reichstagsmitglied niederlegen, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitzt.

Auflösung des „Jungdeutschen Ordens“.

Der Grund des Beschlusses 14. Sept. 2 in Verbindung mit Paragraphen 7 und 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der Minister des Innern den „Jungdeutschen Orden“ mit allen seinen Untereinrichtungen aufgelöst. Die Auflösung des Ordens wird damit begründet, daß die Befreiung des Ordens an Verbindungen nachgewiesen sei, durch antirepublikanische Vorgehen möglichst die verfassungsmäßig festgelegte republikanische Staatsform des Reiches oder eines der Länder zu untergraben und daß diese auch von den Mitgliedern beabsichtigt und befohlen wird.

Vom Zeitungshörsaal.

Am 1. September haben wieder die „Sannauer Zeitung“ und die „Wiesbadener Morgenzeitung“ ihre Eröffnungsfeierlichkeiten abgehalten. Der Reichstagsabgeordnete C. W. Vogel in Wiesbaden mußte wesentliche Betriebsstörungen vornehmen und zahlreiche Angestellte entlassen. Die alte bekannte „Wiesbadener Zeitung“, die im Verlage von J. J. Weber erschien, stellt ihr Erscheinen mit Ende dieser Woche ebenfalls ein; auch das in Familienkreisen beliebte „Wiesbadener Blatt“ hat seinen letzten Nummer herausgegeben. Darben „Zukunft“ erscheint bereits seit Anfang August nicht mehr.

In der gestrigen Vorstandssitzung des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse wurde nachgehende Entschlüsse einstimmig angenommen. Die abernals um 150 Prozent gestiegenen Papierpreise, die seit dem 1. August den Preisdruck darstellen, stellen das gesamte deutsche Zeitungswesen vor eine Katastrophe. Die Zahl der bereits eingegangenen Zeitungen wird um ein beträchtliches vermehrt und die noch bestehenden kämpfen den Bezugsverhältnissen um ihre Existenz und zugleich die Existenz von vielen tausenden Redakteuren, Angestellten und Arbeitern. Mit großer Sorge schauen wir alle in die Zukunft. Der Verband der rheinisch-westfälischen Presse als Vertreter von mehr als 400 Redakteuren in den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen richtet an die Regierung und den Reichstag die dringende Aufforderung, in dieser großen Gefahr für die Zukunft der gesamten deutschen Presse durch wirksame Maßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Landrat Gusele eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung und heißt die Versammlung willkommen. Er spricht von der dunklen wirtschaftlichen Zukunft, der wir entgegengehen. Er hofft, daß die Tagesordnung glücklich abgewickelt werde. Abg. Schmeier (Komm.) schlägt eine Umfaltung der Tagesordnung vor. Durch Abstimmung werden die Punkte 24 und 25 nach Punkt 10 behandelt werden. Landrat Gusele gibt bekannt, daß das Landratsamt heute mit 21 Beamten weniger auskommt, als früher. Er bittet die unterbreitete Vorlage.

Regelung der Dienstreise der Beamten

anzunehmen. Die Besetzung ist so zu regeln, daß die Besätze den Grundbedürfnissen der Beamtenentlohnung entsprechen. Der Besetzungsplan wird mit allen Stimmen angenommen.

Der zweite Punkt betrifft die Umwandlung von 16 Stellen für Angestellte in Stellen für händig Angestellte.

Neuregelung der Anwesenheitsvergütungen

der Kreisabgeordneten sieht eine Erhöhung vor, die im gleichen Verhältnis zu den Besalgen der Beamten steht. Die Grundvergütung soll 100 Mark betragen. Daneben wird Erstattung des Fahrtgeldes und des entgangenen Arbeitsverdienstes gewährt. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

Die Bereitstellung von Geldmitteln zu den Vorarbeiten eines Siedlungsplans

bildete den nächsten Punkt. Die stark vermehrten gewerblichen Unternehmungen machen es notwendig, für Orte und Gebiete mit schnell wachsender Bevölkerung einen Siedlungsplan zu schaffen. Abg. Förster (Zn.) will diesen Punkt aus Sparmaßregeln zurückgewiesen haben. Abg. v. Trotha unterstützt diesen Vorschlag und bittet den Antrag zu verlegen. Abg. v. Trotha (H. S. P.) kann sich damit nicht überlassen erklären. Es gab nichts, wenn mit den Vorarbeiten schon jetzt begonnen wird. Gestalt muß werden, die Wohnungsnot ist zu erheblich groß. Die Siedlungsarbeiten form unter keinen Umständen eingestellt werden. Kommunale Behörden unterstützen den Antrag. Demokraten erklären sich ebenfalls mit einer nicht zu hohen Summe einverstanden. 25 000 Mark werden mit 19 Stimmen bewilligt. — Bei dem nächsten Punkt handelt es sich ebenfalls um die Bereitstellung von Geldmitteln zur Beschaffung von Ueberflüssigkeiten der in Kreisverwaltung vorhandenen öffentlichen Gewässer. Die Wasserläufe befinden sich fast alle in einem Zustand, der die ordnungsmäßige Ableitung der zuzuleitenden Wassermengen fast unmöglich macht. Es wird eine umfassende Neuregelung derjenigen Wasserläufe notwendig sein, die zur Aufnahme der Abfälle dienen. Einstimmig gewährt die Versammlung einen Betrag von 15 000 Mark zur Herstellung einer Ueberflüssigkeit.

Die Beschaffung einer Reichsfahne und einer preuß. Fahne wurde ungefähr 10 000 Mark erfordert. Ein kommunikativer Redner schlägt vor, zwei Reichsfahnen zu beschaffen, die auf beiden Dönergebäuden aufgezogen werden soll, ein weiterer, die Mittel lieber zu notwendigen Dingen zu verwenden, als zur Anschaffung einer Fahne. Landrat Gusele, der die Anschaffung als erster anregte, betont, daß es für eine Behörde zwingend ist, dieses öffentliche Kennzeichen zu neuen Staatsform zu setzen. Abg. Schröder (Komm.) meint, daß das Geld in gar nicht in Frage komme. Hauptsache ist das Symbol. (H. S. P.)

Die „Ermordung“ der belgischen Soldaten.

Düsseldorf, 5. September. Der nach der Erstlieferung zweier belgischer Sergeanten verhaftete Weigernde für Oberabschlag Dr. Ederfing, ebenso wie der Volkstümliche Walfisch ist wieder entlassen worden. Ob die Ermittlungen zur Feststellung des Mörders etwas ergeben haben, ist nicht bekannt, da die Untersuchungsbehörde der Polizeiverwaltung keine Mitteilung darüber macht. Jedenfalls herrscht aber hier die unbedingte Ueberzeugung, daß nach der Lage des Falles sich der Mord nicht, wie behauptet wurde, als eine Verweigerung der Vernehmung darstellt, sondern lediglich die Folge eines Wirtschaftskrisis und Weigerung der Mordtat ist. Das gegenüber der belgischen Kaiserin gelegene Stellerinnenlokal „Königsbau“ in dem der Wirtschaftskrisis am 1. Sept. nachts fünf abgepflegt hat, ist wohl das anrühmlichste Lokal in ganz Düsseldorf.

London-Berlin im Flugzeug.

Mitteilungen zufolge steht die Einrichtung eines Luftdienstes zwischen Manchester-London-Berlin unmittelbar bevor. Wahrscheinlich werden die Flugzeuge von Manchester abfliegen. Die volle Entfernung beträgt 800 Meilen, die in 6 Stunden zurückgelegt werden sollen, während die Meile zu Schiff und auf der Eisenbahn 19 Stunden erfordert. Die Fahrpreise sollen nicht mehr als 10% teurer sein als die Eisenbahnfahrpreise. Die Strecke soll die erste Etappe zu einer Luftverbindung nach Indien bilden; Fortsetzung ist über Wien-Konstantinopel-Bagdad gedacht.

Rückzug der Griechen aus Kleinasien.

Griechenland bittet um Waffenstillstand. Paris, 5. Sept. Ueber die griechisch-türkischen Kämpfe berichten Meldungen aus türkischer Quelle die Eroberung von Hama. Die Pariser Blätter veröffentlichen gleichzeitig eine Nachricht aus Athen, die diese Meldung bestätigt. Ferner liegen hier Meldungen vor, über die unmittelbar bevorstehende Besetzung von Bursa durch die Türken, die nur noch zwanzig Kilometer von dieser Stadt entfernt seien. Die griechische Regierung hat der englischen Regierung mitgeteilt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Schutz der Griechen in Kleinasien zu sichern, weshalb sie beschließen habe, Kleinasien zu räumen. Die Griechen haben bei ihrem Rückzug alle Brücken gesprengt und die Straßen miniert, um den Vormarsch der Kemalisten zu hindern. Das zweite griechische Armeekorps ist mit großer Mühe der vollständigen Umhüllung durch die Kemalisten entgangen. Die griechische Regierung hat die Alliierten bereits um Vermittlung eines Waffenstillstandes ersucht.

betont, daß wir nach außen hier darauf nachdrücklich hinwirken müssen, daß wir in einer Republik leben. Der Antrag des Landrats Gusele wird mit 6 Stimmen gegen Stimmentenhaltungen angenommen. — Die Aussagen des Reichstagsabgeordneten werden in der vorgesehenen Form angenommen. Die Verhandlung des mit der Provinz abgeflachten Vertrages über Befähigung der öffentlichen Gemeindegewerke wird ausgeschrieben. Der Kreisrat gibt seine Zustimmung zur Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 548 683 Mark zum Ausbau des Kreisbahnhofs für Sparanleihe. Dann kommt die

Abtrennung von Barmen der Gemarlung Kreisbau vom Kreisbezirk Schloppau zur Sprache. Die Versammlung ist einstimmig dafür. Ebenfalls für Erhöhung der Kreisgebühren.

Antrag der H. P. D. betreffend Neuregelung der Berufstätigkeit der amtlichen Bekanntmachungen.

Kom. v. Freytag und der Antrag. Er behauptet, daß das Tageblatt eines der reaktionärsten Blätter ist und beantragt, der Arbeitseinstellung die Bekanntmachungen zu geben. Landrat Gusele ist bereit, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des augenblicklichen Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen. Kom. v. Freytag ist bereit, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen. Kom. v. Freytag ist bereit, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen.

Rechtsanwalt Corneth hält es für gefährlich, jetzt Entschlüsse zu treffen, und befürwortet, bis zum Ende des ersten Urteils zu warten. Kom. v. Freytag ist bereit, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen. Kom. v. Freytag ist bereit, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen.

Antrag auf Schluß der Debatte.

der mit 11:13 abgelehnt wird. Es folgt sodann eine weitere, nichts Neues mehr bringende Debatte. Landrat Gusele empfiehlt, den Antrag des Ministers, nach dem unterpublikantischen Organen die Aufsicht über die öffentliche Bedeutung des Vertragszustandes. Es schloß eine Feststellungsfrage vor dem Landgericht Halle, die der Verleger angeht, um die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Vertrages zu erlangen.

In der darauf folgenden Abstimmung beschließt der Kreisrat, entsprechend der Besetzung des Landrates mit 20 Stimmen, d. h. er erklärt sich mit dem Vorgehen des Kreisaußenbüros einverstanden.

Aus Stadt und Umgebung.

Mehrderteils — Karlsrufer 4. Annahme getragener Besetzung, eben Mittwoch von 9-12 Uhr, Karlsrufer 4, gegen Bezahlung.

Die Wille der wahlberechtigten Werts für die im November d. J. stattfindende Wahl zur Kreisversammlung für 1923-1925 liegt vom 2. September bis 15. September 1922 in den Geschäftsräumen, Zimmer 19, des Magistrats zu Merseburg öffentlich aus.

Zusammenbau. Gestern Abend stieß in der Reichenherstraße, Ecke Raumburgstraße eine Ueberladungswagen mit einem Zapfenwagen zusammen. Vom herabstürzenden Wagen wurden sieben Personen verletzt. Gargare wurden nicht verletzt. Mit einer viertelständigen Verspätung konnte der Verkehr fortgesetzt werden.

Der Wandertag der Jugend.

Neue trafen sich in Lauchstädt die Jugend von Merseburg, Weiskirchen, Zeitz und Bitterfeld. Schon in den frühesten Morgenstunden begannt unsere kleinen und kleinen blumengeschmückten Zug. Bereits um 1/10 Uhr fand im Goethehause die Hauptausführung des Grillparzerischen Lustspiels: „Was dem der Licht“ statt, dessen Hauptprobe am vergangenen Sonntag öffentlich gegeben wurde. Nach der Vorstellung wurde ein Festzug zusammengeführt, der außer reizende Bilder bot.

Gastspiel der Berliner Theaterdirektion Carl Jaan.

Zu einem Gastspiel besuchte gestern auch die hier nicht mehr unbekannt Theaterdirektion Carl Jaan aus Berlin. Der Herr Direktor hat sich für diesmal ein ernstes Stück gewählt, betitelt „Mitter“, ein Spiel des Lebens für fittlich reife Menschen von Remond. Das Stück ist nicht ohne Interesse aufzuführen. Die Berliner Theaterdirektion Carl Jaan hat sich für diesmal ein ernstes Stück gewählt, betitelt „Mitter“, ein Spiel des Lebens für fittlich reife Menschen von Remond. Das Stück ist nicht ohne Interesse aufzuführen. Die Berliner Theaterdirektion Carl Jaan hat sich für diesmal ein ernstes Stück gewählt, betitelt „Mitter“, ein Spiel des Lebens für fittlich reife Menschen von Remond. Das Stück ist nicht ohne Interesse aufzuführen.

Die zweite Frau.

Stomat von Anna Zsigliert-Glinner

(Blattdruck verboten)

Mit zornigem Gesicht trat sie vor das junge Mädchen hin. „Ich verbitte Ihnen, dieses Haus wieder zu betreten“, sagte sie hart. „Sie haben keine Rechte hier. Ich bin bei der zweiten Frau und alleinige Erbin des ganzen Nachlasses. Es ist leider wenig, was mir bleibt, das Wenige aber verteidige ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln.“

Erinard erinnerte sich sofort des bösen Geistes, das ihr bei jeder Begegnung sofort eingeblitzt hatte. In ihrem Erdenleben schmeigte sie sich enger an Alfreds Seite, sie mochte glauben, eine Gefühlsgebinde vor sich zu haben.

„Herr Howald, für jeden Gegenstand, der aus den Räumen verschwinden sollte, wird man Sie verantwortlich machen“, wandte sie sich an den Buchhalter. „Das Gericht hat Ihnen zwar volles Vertrauen geschenkt und Ihnen die Ordnung des Nachlasses übertragen, aber damit haben Sie auch die Verantwortung übernommen.“

„Fräulein Regold hat an der Leiche ihres Vaters gebetet, gnädige Frau.“

„Ein tröstliches Aachen umspielte Julies tiefrote, äppige Lippen. „Wie rührend das klingt! Zufälligerweise war ich Zeugin davon, daß ein Hund geschossen wurde.“

„Fräulein Regold sitzt unter meinem Schutze“, sagte Howald schlicht.

Wieder prüfte es zornig auf in den großen, dunklen Augen. „Wer soll Ihnen glauben, daß Sie bei Ordnung des Nachlasses unparteiisch verfahren, wo all Ihre Sympathien der Tochter Ihres Vaters gehören!“

„Die Herren, welche mir volles Vertrauen schenken, wissen, daß ich um keinen Preis, auch nicht um haarebreite Kraut jemand, und sei er mein ältester Freund, um sein

Recht künden würde.“ entgegnete Howald in trotzer Abwehr. „Wir werden ja sehen,“ (lang es spöttisch zurück, „ich meinesseits hätte mich für berechtigt, einige Zweifel in Ihren künden Worte zu legen.“)

Mit den neuartigen Empfindungen kämpfend, hatte Erinard zugehört, aus großen, bangen Augen sah sie Julie an. „Was bedeutet dies? Hat die Dame Belustigung durch — Papas Schuld gehabt?“

„Gnädiges Fräulein“, sagte Howald, und sein Blick schmolz in Jählichkeit und Mitleid, „es tut mir so bitter weh, Ihnen noch mehr Schmerz bereiten zu müssen; schonend wollte ich Sie auf diese graumächtige Enttäuschung vorbereiten, nun müssen Sie es logisch erfahren, was Sie noch schmerzlicher als der Tod Ihres Vaters treffen wird.“

„Verloren um ein wenig Güte bittend, sah er Julie an, doch was er in deren Augen las, ließ auf weltliche Milde nicht hoffen. So fuhr er denn fort, wie jemand, der sich rasch eine Last von der Seele schäffen will:

„Herr Regold hatte ohne Ihr Wissen eine zweite Ehe geschlossen, gnädiges Fräulein. Die Dame dort ist Frau Regold, Ihre Stiefmutter. Ihr Vater hat wohl niemals den Mut gefunden, Sie von dieser Entlastung in Kenntnis zu setzen.“

Unter Erinard schien der Boden zu wanken. Ihr Vater, dessen väterliche Befehle sie ganz allein gehorcht, der in ihr all sein Glück fand, sollte — ungläubig schüttelte sie den seinen Kopf, ruhig prüfend sah sie Julie an. Dann ließ sich ein fast unmerkliches Lächeln um ihre blauen Lippen. Sie hätte es geschworen mögen, daß ihr lieber Papa keinen Gefallen an dieser herganzigen Frau gefunden haben konnte.

Sie brachte sich einiges Wort hervor, doch gerade ihr stumm bedientes Schmeißen reizte Julie furchtbar. Was Erinard dachte und empfand, das war unsicher von ihrem kindlichen Gesicht abzulesen.

Sie brachte sich einiges Wort hervor, doch gerade ihr stumm bedientes Schmeißen reizte Julie furchtbar. Was Erinard dachte und empfand, das war unsicher von ihrem kindlichen Gesicht abzulesen.

„Deine Zweifel werden dir wenig nützen, du verzogenes, hochmütiges Mädchen!“ rief sie böse, „ich habe demnetwegen genug gelitten, jetzt ist die Reihe zu dir, den Demütigungen hinzugeben, an dir. Ich werde dich zur Reue bringen, erst dich darauf.“

Sie schaute davon wie eine zürnende Königin, Alfred

aber hielt eine Ohnmächtige im Arm. Diejenige legte sich ihm warm um Erinards Kernen erliegen.

Frau Howald war früh Witwe geworden und hatte mit Sorgen und Geldnot jahrelang zu verzweifeln gekämpft, daß sie sich jetzt an ein behagliches Wohlleben noch immer nicht gewöhnen konnte.

Es war unendlich schwer gewesen, die beiden Kinder, Alfred und Julia, während der Schulzeit zu erziehen und von dem Wenigen, das der Witwe zur Verfügung stand, Kleidung und Nahrung in der Weise zu beschaffen, daß die Kinder nicht gar zu bitter entwichen und sich zu künftigen, erwerbsfähigen Menschen entwickeln konnten.

Empfänglich, Ergebenheit in ihr Schicksal, zähe Ausdauer und vor allem eine aufopferungsfähige Liebe zu ihren Kindern hatte Frau Howald an alle Mühen, die ihr Lebenszeit zu beschaffen drohten, unbedacht vordringeliegt. Baldig, noch schmerzlicher, oft elblos ercheinender Prüfungszeit war die k. Morgen der schönsten Sieg zuteil geworden.

Alfred fand Anstellung in einem Bankgeschäft und Edith, die jünger als ihr Bruder war, erzielte Privatunterricht und bereitete sich auf die Hebräeremagamen vor.

Was Frau Howald erfuhr Alfred wurde einem Zufall, daß einer der besten Buchhalter des Hauses Regold ins Ausland zu gehen, geschickliche. Kurz entschlossen benach Howald lag um die Stelle und erhielt sie auch.

Durch die Abwesenheit, ungewöhnlichen Fleiß und großen Fleiß hatte er die Nummerfünft des Geschäfts auf sich, die ihm bald sein Wohlwollen gewonnen und unter sein großes Vertrauen stand.

Als die Stelle des ersten Buchhalters frei wurde, übernahm er die Stelle und war der erste Buchhalter des Hauses, das gleich nach dem Tode des Vaters, baldige Berufung, hatte gleichfalls seine Freunde an dem jungen Kollegen, der mit Leib und Seele Mannmann war.

(Fortsetzung folgt.)

Bad Elster hilft

Eisen-, Mineral- und Moorbad. Radium. Bäder u. Einatmungsställe. Tränken, Glaubersalzquelle, neuzeitl. Inhalatorium, med.-mech. Institut, Frauenklinik, neues Theater (Operette, Schauspiel), 300 m. Meer d. Meer, von Winden geschützt, inmitten ausgedehnter Waldungen an der Linie Leipzig-Dresden-Plauen tger.

Badeschriften und Auskunft durch die Badedirektion, in dem Deutschen Verkehrsbüro Berlin Potsdamer Bahnhof, sowie in allen Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros (M.R.).

Familien-Nachrichten.
Verlobt. Charlotte Schönbürg mit Max Bufe, Weigenfels; Emma Briel mit Otto Schmidt, Naumburg; Helene Schulze mit O. Ködderich, Bitter.
Gestorben. Helia Walter, 3 Mon., München. Hermann Trebs, 66 Jahr, Querfurt; Emma Becker, 88 Jahr, Naumburg; A. König, 78 J., Bismarckstr.; Paul Reising, 56 Jahr, Seßling.

Asthma
 kann geheilt werden. Expeditions- in 3 alle Wadenburgerstr. 60 11, jeden Sonntagabend von 10-11 Uhr.
Dr. med. Alberts
 Spezialarzt, Berlin SW 11.

Wäsche mit **Henko** die Wäsche ein!
Henko
 Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
 Henkel & Cie. Düsseldorf

Gutes gebrauchtes **Piano** zu kleiner Anzahl zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe der Fabrikmarke u. Preis an **Vostel**, Leipzig Mühlentorstraße 59, 11.

Wannententall Mobil gebaut zu verkaufen **Schmidt**, Reichstraße 25.

Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gesehen, wenn als erfrischende Nachspeise ein **Oetker Pudding** auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder eingemachten Früchten, mit Rhabarber oder mit Fruchtsaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besondere Zusatz von knochenbildenden Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nährmittel für heranwachsende Kinder, und sollte dasselbe oft als möglich vorgesetzt werden.



Dr. Oetker's Puddingpulver
 kommen niemals lose, sondern nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke **Oetker's Heißkopf** in den Händen.



Jeder tüchtige Geschäftsmann braucht zur Hebung seines Geschäftes **wirkungsvolle Drucksachen** wie: Briefbogen, Briefumschläge, Postkarten, Rechnungen, Quittungsformulare usw. Dieselben erhält er preiswert und in geschmackvoller Ausführung in der **Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt** (L. Baltz) Hälterstraße 4. Fernruf 100.

Eine gebrauchte noch guterhaltene **Schreibmaschine** zu kaufen gesucht. Offerten unter **G. W. 166** an die Exp. d. Zig.

Die Ladeninhaber aller Branden **Merseburgs** werden hierdurch zu einer Besprechung zwecks Durchführung einheitlichen Ladenverkaufs eineladen. **Donnerstag, den 7. September, abends 8 Uhr, im „Stivol“ (kleiner Saal) zu erscheinen.**

Einkaufsverein der Kolonialwarenhandl. Kaufmännischer Verein.

Die Geschäftszeit nachfolgender Drogerien ist ab 1. September 1922 von **12 1/2 Uhr** **2-6 Uhr.**

Abler-Drogerie, B. Riechlich, Central-Drogerie, R. Kupper, Drogenhandlung, Fr. Leberl, Gotthardt-Drogerie, S. Emanuel, Kaiser-Drogerie, J. Marold, Neumarkt-Drogerie, S. Weniger, Ritters-Drogerie, W. Wähfeldt

Dollar Zimmer
 brauche ich nicht, aber ich suche sofort ein möbliertes **Zimmer** **Junger Kaufmann, zahle jeden Preis. Bitte Wünsche zur Verfügung. Briefe etc. werden geantwortet. Off. unt. „Dollar“ a. d. Exp. d. Bl.**

Möbl. Zimmer zum 15. 9. 22 gef. Offert. unt. **D. G 176** an die Geschäftsst. d. Bl.

Junger Herr sucht **möbl. Zimmer** Offert. unter **T. G. 174** an die Exped. d. Blattes.

Möbl. Zimmer sofort gef. Angebote unter **T. G. 175** an die Geschäftsstelle des Bl.

Möbl. Zimmer sofort gef. Angebote unter **T. G. 175** an die Geschäftsstelle des Bl.

Kammermusikabend.
 Streichquartett des **Dessauer Friedrich-Theaters**
 Leiter: Hofkonzertmeister Otto **Donnerstag, den 14. Sept., abds. 7 Uhr** im Schloßgarten-Salon Karten zu 20 Mk. in der Buchhandl. Pouch.

Beth's Gesellschaftshaus.
 Im Café: **Täglich Konzert der Kapelle Putler.** **Donnerstags: Gesellschafts-Abend.**

Stadttheater Halle.
 Mittwoch, abends 7 Uhr: **Die Walküre.** **Donnerstag, ab 7.30 Uhr: Jedermann.**

D. H. V.
 Morgen Versammlung Reichshangler.

Flotte Majhinen-Schreibertin
 mit langjähriger Tätigkeit und besten Referenzen sucht Stellung West-Angeh. unt. **357/21** an die Exp. d. Bl.

Kreissparkasse Merseburg
 Ecke Schulstr. Kl. Ritterstr. **Telephon 540.** — Mündelsicheres Geldinstitut — unter Leitung des Kreises Merseburg.

Verzinsung der Einlagen vom Tage der Einzahlung ab. **Annahmestellen** in größeren Orten des Kreises. **Erledigung** aller bankgeschäftlicher Angelegenheiten. **Geschäftsverbindung** mit allen Geldinstituten Deutschlands. **Anteilige Hinterlegungskasse.**

Briefmarken-Sammlung
 zur größere bessere, auch einzelne seltene Marken kauft Privatmann zu gutem Preise. Nur ausführliche Offerten unter **J. L. 3519** an die Expedition dieser Zeitung.

Leinkunst-Tinne
 Neues Schmelzhaus 7 Uhr Sonntag, abends 7 und 9 Uhr. Das große Fest-Programm. Gasöfen, erdgeschlossener Kamin etc. Kamin. **H. Ellensberger.**

Beilage zu Nr. 208 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 5. September 1922

Dolulanot und Fremdensteuer.

Es kann eigentlich befremden, daß in der Zeit wirtschaftlicher Anarchie der Ausverkauf deutscher Waren an Ausländer in Deutschland selbst bisher nicht zu Maßnahmen der Steuerpolitik geführt hat. Aber die Vermögensgründe zu solchen Maßnahmen braucht eigentlich nicht gesprochen zu werden. Wir kennen die dringende Fülle ausländischer Besucher unserer Bäder, wir kennen die Reisenden, die fast im Adamskostüm umgehärtet ist über unsere Grenzen und jedesmal auf das Beste und Reichliche bescheidet, die den neuesten Ausstattungsgegenständen zurück in ihr Heimatland reisen. Wir kennen außerdem die Blumenliebhaber, aus öffentlichen Mitteln viele unserer wichtigsten Betriebe zu unterhalten, wie Eisenbahn, Postenwerte und andere, wobei diese Unterhaltung nur durch die Steuern der Ausländer aufgebracht wird. Es ist richtig, daß die Ausnutzung dieser Erkenntnis im privaten Leben durchaus fruchtbar erfolgt, aber sicher ist, daß sie aus natürlichen Gründen immer noch hinter dem zurückbleibt, was eigentlich gefordert werden müßte. Wir wissen, das Preis für ein Zimmer für eine Nacht in Berlin gefordert werden, wenn es sich um einen Ausländer handelt, wir wissen ebenso, daß schon im Wiesengebiet 300 Mark von Ausländern für eine Lebensnahrung gefordert wurden, Beträge, die jedenfalls sehr achtbar sind. Daß die Finanznot der öffentlichen Verbände an der Besteuerungsfähigkeit der Gastbesucher bisher nicht vorbegegungen ist, beweisen die vielen Gemeindefremdensteuern. Es bleibt nur noch übrig, gewissermaßen System in die Sache zu bringen und eine organisch gestaltete Steuer von Ausländern zu erheben.

Dagegen wehren sich vor allem die Fremdenvereine und die Hotelbesitzer. Sie wollten natürlich von Fremden das nehmen, was ihnen zu fordern möglich ist. Eine Steuer würde die Sperre zwischen normalen und dem Preise für Fremde natürlich fällen, aber aber, sie würde einen Rückgang des Verkehrs mit sich bringen. Es ist den Interessenten nicht zu verargen, wenn sie diese tatsächlich bestehenden Möglichkeiten, von denen die letztere mehr ins Gewicht fällt, besonders schmerz fühlen werden. Es ist ohne Zweifel richtig, daß man den Betrag von 6 Millionen Mark, der unserer Wirtschaft insgesamt durch Fremdenbesuche schätzungsweise zuzuführen, nicht verkürzen sollte. Politisch und wirtschaftlich muß es zunächst begrüßt werden, wenn sehr viele Fremde kommen. Welche Gründe auch haben immer haben mag für seine drakonischen Bestimmungen gegen Fremde, im ganzen wird man einverstanden sein, daß die Zahl der Fremden sich vermehrt. Was man aber unter keinen Umständen billigen kann, ist, daß die Fremden für unsere öffentlichen Einrichtungen, Eisenbahn, Feuerwehr, Straßen und Wege, Krankenhäuser, unter Umständen auch Schulen, gefallen lassen, ohne zu ihrer Unterhaltung beizutragen. Hierzu kommt, daß diese Unterhaltung der öffentlichen Anlagen und Unternehmungen jeder Art uns noch nie so kostbar geworden ist wie jetzt, so daß unumgänglich für die Dauer der leistungsfähigen Deutsche für den unermäßig viele leistungsfähigen Fremden zahlen muß. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß auch schon früher die den Aufenthalt von Fremden Abgaben zu zahlen waren, so insbesondere in Sachsen, eine Aufenthaltsteuer —

Verkehrssteuer — bestand, wonach jeder, der eine Einkommenssteuer nicht entrichtete, ein bis, weil der Zeitraum zu kurz war, in dem er amtesend war, andererseits, weil das Einkommen eines Fremden doch nicht richtig erfasst werden konnte — so daß den Gemeinden diese Aufenthaltsteuer eine Entschädigung für ihre Leistungen bot. In dieser Steuer hat auch kein Ausländer oder kein inländischer Interessent jemals etwas Besseres erblickt. Es wird deshalb eine solche Aufenthaltsteuer allgemein und zwar möglichst bald eingeführt werden müssen. Der Betrag wird sich dabei so feststellen lassen, daß man den Steuerdruck bzw. das Maß der öffentlichen Aufwendungen, denen spezielle Einnahmen nicht gegenüberstehen, feststellt und dann ausrechnet, wie viel auf den Kopf der Bevölkerung fällt. Man wird billigerweise, da bei dieser Steuer immer mit Ausfällen zu rechnen ist, den Betrag vermindern müssen. Werden heute auf den Kopf der Bevölkerung 3000 Mk. umgelegt, so sollte für jeden erwachsenen Fremden eine Steuer von durchschnittlich täglich mindestens 25 Mk. gezahlt werden. Eine solche Festlegung berührt also noch nicht die Frage eines möglichst vorrätigen Verkauf einheimischer Erzeugnisse an Fremde, der nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen kann. Die Steuer müßte zwangsweise als Gemeindesteuer eingeführt werden, wobei die Gemeinden vielleicht einen Teil des Aufkommens an das Reich abgeben hätten. Also solche Fremdensteuern zunächst auf jeden Fall aus Gründen der Gerechtigkeit!

Politische Rundschau

Die Bewohner des Memelgebietes fordern Selbstverwaltung.

Der Deutsch-Litauische Memellandbund e. V., Sitz Berlin, hat an die Reichsversammlung in Paris ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Reichsversammlung, in Folge hat die Reichsversammlung beschlossen, eine Kommission mit der Ausarbeitung des politischen Statuts für Memel zu betrauen. Der unterzeichnete Deutsch-Litauische Memellandbund, in dem die zur Zeit außerhalb des Memelgebietes wohnenden Memelländer organisiert sind, gestattet sich, dem Reichstag als obigen Anlaß folgendes zu unterbreiten: Das Memelgebiet hat seit fast 700 Jahren zu Preußen-Deutschland gehört. Gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung in das Memelgebiet durch den Vertrag von Versailles von Deutschen Besitzergewaltung getrennt worden. Jetzt endlich soll über das künftige staatliche Schicksal des Memelgebietes die Entscheidung getroffen werden. Der Reichstag hat den Memelländern durch den Bund des französischen Oberkommissars wiederholt das Versprechen gegeben, daß sie darüber ihre Wünsche geäußert werden sollen. Die Bevölkerung des Memelgebietes steht jedoch unter dem Zwange der französischen Verwaltungsbehörde; sie hat nicht das Recht der freien Meinungsäußerung, besahd haben wir geborenen Memelländer, die wir außerhalb unserer eigenen Heimat wohnen und die wir so das Recht der freien Meinungsäußerung noch besitzen, für unsere Brüder und Schwesern im Memelland selbst das Wort ergreifen. Wir erklären: Will der Reichstag ernstlich und aufrichtig die wahren

Wünsche der Memelländer erfahren, so kann dies nur durch eine Volksbefragung in geheimer Abstimmung unter dem Schutze einer neutralen Kommission geschehen. Wird uns diese Forderung nicht bewilligt, so verzichten wir hiermit feierlich vor aller Welt, daß unser Protest gegen die uns und dem Völkerricht angelegene Vergewaltigung solange bestehen bleibt, bis das gegen uns Memelländer begangene große Unrecht wieder gutgemacht worden ist.

Inflationsverhalten der Gewerkschaften.

Die im Anschlag an die Marktenwertung einsetzende außerordentliche Preissteigerung aller Waren hat alle Schichten der Bevölkerung hart getroffen. Während die Unverdienenden infolge der hohen Löhne die Not der Zeit noch verhältnismäßig gut überwinden können, trifft sie die Beschäftigten, insbesondere die kleineren Familien, um so empfindlicher. Es ergibt sich hieraus die elementare soziale Forderung, Lohnaufbesserungen nach dem Familienstand abzustufen. Die Gewerkschaften haben diesem Grundsatze nie besonders freundlich gegenüber gestanden, offensichtlich aus dem Grunde, weil sie die Gewerkschaft ihrer unverbesserten und reduzierten Mitglieder fürchten. Ein besonders trauriges Beispiel für das unsoziale Verhalten der Gewerkschaften in dieser Frage boten die Ende August zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Braunkohlenbergbaus im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Lohnverhandlungen. Die Arbeitgeber erklärten sich bereit, das Hausstandsgehalt und Kindergehalt ab 1. September auf je 20 Mark zu erhöhen. Infolge des Widerstandes der Gewerkschaftsvertreter müßte dieser Satz auf je 10 Mark ermäßigt werden. Dieses Verhalten verdient in der Öffentlichkeit bekannt zu werden, um den Gewerkschaften das soziale Gewissen zu schärfen und ihnen ein härteres Rückgrat im Kampf mit den jungen Elementen in ihren Verbänden zu geben.

Die päpstliche Friedensaktion 1917. — Feststellungen des Untersuchungsanschlusses.

Ueber die päpstliche Friedensvermittlung des Jahres 1917 gibt der zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschlusses des Reichstages den folgenden Bericht aus: Nach Prüfung des aus dem Auswärtigen Amt und dem Reichsarchiv vorgelegten Aktenmaterials sowie auf Grund der eidlichen Vernehmungen der Staatssekretäre a. D. Mühlmann, Helfferich, Zimmermann, des Reichsfinanziers a. D. Michalek, der Reichsminister a. D. Rosen, Graf v. Brodowski-Rausan, der Grafen v. D. Soden, Haefer und Freiherrn v. Romberg, der Generals v. Hoefen und v. Bartenwerffer, des Reichsarchivars v. Bergen und des Reichstagsabgeordneten Scheidemann ist der zweite Untersuchungsausschuss in der Untersuchung der päpstlichen Friedensvermittlung des Jahres 1917 zu folgendem Ergebnis gelangt:

1. Ein Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor.
2. Ebenfalls nicht in Betracht der vielfachen Schweregefahren und der immerhin fruchtigen Verhandlungsbereitschaft auf deutscher Seite war einer harten Friedenswahrscheinlichkeit gesprochen worden.
3. Eine ernste, von Seiten der deutschen Regierung gewollt zu prüfende Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden.

4. Die Ereignisse der Monate Juli und August in Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben die an sich nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Westmächte nicht erhöht.

5. Die deutsche Regierung hat in der formellen Verhandlung der päpstlichen Friedensaktion Fehler begangen.

6. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß England und Frankreich jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf die päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gelaunte Kriegslage als nicht in ihrem Interesse liegend betrachten.

7. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion allein durch die Bergierung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die Freigabe Belgiens verteidigt werden ist, kann auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen nicht bejaht werden.

Das reiche Holland hart.

Im Budget des niederländischen auswärtigen Amtes für 1923 wird aus Sparmaßregeln eine Verminderung der Ausgaben um 300 000 Gulden vorgelesen. Man will diese erhebliche Ausgabenminderung hauptsächlich dadurch erreichen, daß die Kosten der Militär- und Handelsattachés an den Gesandtschaften abgeschafft werden sollen. Wahrscheinlich wird aus dem gleichen Grunde auch das Konsulat in Paris und das in Antwerpen aufgehoben. Auch erwidert man die Aufhebung des Gesandtschaftspostens in Sofia, dessen Dienst von einer der niederländischen Gesandtschaften in den um Bulgarien liegenden Ländern wahrgenommen werden soll. Die für Auslandsverreiter von Auswärtigen Amt herausgegebenen Wirtschaftsbereiche werden aufgehoben zu erscheinen.

Kaufmann des Nordseefischereis.

Wie weiter meldet, hat Sir Campbell Stuart, geschäftsführender Direktor der „Times“, auf Entlassung aus seiner Stellung als leitender Herausgeber der „Daily Mail“ nachgedacht und ist aus dem Verwaltungsrat der „Daily Mail“, der „Evening News“, des „Weekly Dispatch“ und der „Continental Daily Mail“ ausgeschieden. Da Sir Campbell Stuart zu Besessenen Nord-Nordwesten als der Verbindungsstern zwischen den verschiedenen von Nordsee herausgegebenen Blättern angesehen wurde, so wird angenommen, daß das Eigentum an diesen Blättern in Zukunft in den Händen ganz selbständiger Sonderunternehmen sein, und daß die „Times“ Publishing Company nunmehr von dem Verwaltungsrat der Direktoren kontrolliert wird. Es wird auch vermutet, daß Sir Campbell Stuart den Wunsch hege, sich völlig seinen erweiterten Aufgaben als geschäftsführender Direktor der „Times“ zu widmen.

Aus Provinz und Reich

Verhaftung einer Schmugglerbande.

† Berlin, 4. September. Die Anfänger einer Schmugglerbande konnten jetzt nach langwierigen Beobachtungen durch die Berliner Kriminalpolizei vollständig gemaßt werden. Sie wurden gestern auf Bahnhofs Friedrichstraße verhaftet und ihr Gepäck beschlagnahmt. In den Koffern, die nach dem Osten bestimmt waren, waren Schmuckfaden im Werte von über 1 1/2 Millionen Mark, Bekleidungs- und sonstige Waren. Die Polizei hoffte auch die übrigen Mitglieder der Bande, die auf über 20 Personen geschätzt wird, zu ergreifen.

Eine Zellstofffabrik vernichtet.

† Rastatt, 4. September. In der Nacht zum Freitag entbrannte in der zur Zellstoff-

fabrik ein gewaltiges Feuer. Das ganze Gebäude brannte vollständig nieder. Der Betrieb der Holzfabriken muß vollständig, der Betrieb der Papierfabrik teilweise stillgelegt werden.

Verhaftung einer Einbrecherbande.

† Rastatt, 2. September. Fünf Personen, die schon seit längerer Zeit durch Kontoreinbrüche und Fahrraddiebstahle die Gegend unsicher machten, sind nun festgesetzt worden. Auch gelang es, das Diebesgut fast ausnahmslos wiederzuerlangen, das aus mehreren Einbrüchen in Bad Rastatt und bei Professor Schulze (Rastatt) in Saaleck herbeigeführt und nun den Betroffenen wieder zurückerstattet werden kann. — Ein Landwirt aus der Umgegend hatte einen Offiziersmantel, der aus einem Einbruch stammte, zu billigen Preisen hier in einem Hotel angekauft. Die Polizei sucht nun seiner habhaft zu werden.

Niesenbrand in Offenbach.

† Offenbach, 4. September. Ein Niesenbrand vernichtete gestern Abend die hiesige Filterpapierfabrik von Leubner, die Zugsfabrik von Klein und die Metallfabrik von Matthes bis auf die Grundmauern. Die herbeigeeilten Feuerwehren mußten ihre Tätigkeit auf die Lokalisierung des Brandherdes beschränken. Von den gesamten Vorräten und Einrichtungsgegenständen wurden nur etliche Möbel gerettet. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Wichtige Lebensschwemmungen in Indien.

† London, 4. September. Aus Allahabad wird gemeldet, daß der Ganges heftig gestiegen ist und eine solche Höhe erreicht hat, daß alle Lebensschwemmungen der letzten dreißig Jahre überholt sind.

Kunst und Wissenschaft

Die Beobachtung der Sonnenfinsternis im Indischen Ozean-Gebiet.

Die Astronomen sehen mit großem Interesse der totalen Sonnenfinsternis entgegen, die am 21. September vom Indischen Ozean und von Australien sichtbar sein wird. Man erwartet, daß die Beobachtungen der englischen und amerikanischen Astronomen die bemerkenswerten Entdeckungen, die von der englischen astronomischen Expedition im Jahre 1919 in Brasilien gemacht wurden, bestätigen und in der Hauptsache die von Einstein aufgestellte Theorie über die Ablenkung des Lichtes von den Sternkörpern beweisen werden. Zwei Astronomen des Greenwicher Observatoriums, Jones und Melnotte, haben sich schon nach der Insel Christmas bei Java begeben, um offizielle Beobachtungen anzustellen. Zwei Amateur-Astronomen sind gleichfalls nach Australien abgereist. Dort wird von dem Observatorium in Kalifornien eine Expedition in die Wege geleitet werden. Da die Forscher mit weit besseren Instrumenten versehen sind als bei der Expedition im Jahre 1919, so dürften ihre Beobachtungen von weit größeren Nutzen sein.

Bunte Zeitung

Wegeschmer in der Namensgebung.

** Wie viele primitive Naturvölker, so haben auch gewisse Vegerstämme einen starken Miß für die Schmähe ihrer Stammesgenossen, sowie einen ausgesprochenen Sinn für Humor und Satire, der sich in ihrer Namensgebung deutlich ausdrückt. Es handelt sich bei solchen Vegernamen, die wie unsere Vornamen geführt werden, um eine Art Wegeschmer, in denen irgend ein besonders charakteristischer

Rug oder eine Eigenschaft ihres Trägers in humoristischer Form zum Ausdruck kommen. So hatte, wie Professor Carl Beule in seinem „Vergleichen in Ethnologie“ berichtet, unter seinen Leuten einen Matassa, dessen Name etwa in der Zeit der Neuzeit modern geordneten Derr „Masse“ entspricht, und den Mann als einen feinschneidenden nicht genug erweisen kann. Eine ganze Reihe von Namen in dem Tierreich entspringt, so Obembere-Matassa, eine Anspielung auf das zum Jähorn neigende Temperament des betreffenden, oder Kumanque-Suu, der in seiner Jugend viel Gnu erlitten hat. Ein anderer ließ sich nicht ohne stöhnenden Grund Mbenda Kula, auf Deutsch Herr Fresshaß, sein Gegenpart war Bambuala, Herr Faulpelz, und auch an einem Herr Träbhorn, Madriga, fehlt es nicht.

Festbräute aus alter Zeit.

Feste, die der Deutsche von den Vorfahren übernommen hat, haben gewöhnlich einen unangenehmen Beigeschmack. Sie sind fast immer mit Tierquälereien verbunden. Vielfach haben sich diese Gebräuche so eingebürgert, daß den Teilnehmern der Feste die Tierquälerei gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt. Wer hat noch nicht von „Gahn-festagen“, „Gahn-seiten“ und ähnlichen gehört, das bei Entsetzen, Hohn und der Kirche ein Gahn-zwischen aber auch eine Gans oder anderes Geflügel, seltener ein vierfüßiges Tier. Meist das Gahnopfer im allgemeinen hat man vielleicht schon viel gesehen. Einige charakteristische Beispiele verdienen trotzdem hervorgehoben zu werden. In Schweden wird zur Entzeit ein mit Bändern festlich geschmückter Gahn auf einem leeren Entzeitwagen zu einem Stoppelfeld gefahren, dort unter Gebäuden, als habe man eine schwere Last, halb in die Erde gedrückt und mit einem umgeschlungenen Zaun befestigt, sodas nur der Kopf aus dem durchlöcherichten Boden des Gefäßes hervorragt. Dann tritt ein Burche nach dem anderen mit verbundenen Augen vor und sucht den Gahn zu fassen oder mit einem Stütze zu erschlagen. Der Sieger heißt „Gahnkönig“. In manchen Orten Westfalens überhört der Bauer den mit der Entzeit die Festnehmer fröhlichen einen lebendigen Gahn, den sie mit Weistichen oder Knütteln töten oder mit einem Säbel köpfen. In kein Brauchmann umgefallen, so haben die Knechte das Recht, den Hausgahn mit Stielen fortzuwerfen oder zu fassen. Weistlich, mit umschlungenen Varianten, ist in Rastau, Schwaben, Welfenburg, Siebenbürgen, Böhmen, Ungarn, Wallonien, England und anderswärts ab. Besonders grausam ist das Zerwerfen des Gahn mit Bengeln, wie es in älterer Zeit aus England, aber lehrer auch aus der Schweiz besengt ist. Nicht weniger grausam als diese Form ist der ehemalige Martinibrauch in Susen, bei dem die an einer Schur von quergebanneten Seil niederhängende Gans mit einem Säbel abgehauen wurde. Da dies aber mit verbundenen Augen geschah, so war das Tier selbst bei diesen Festen in Nutzen (Schien) begünstigt. Die Festnehmer (hier sind es Weiber), die hängende Gans einfach abzureißen, eine etwas mildere Sitte, wie etwa das Stagenhaken in Kopenhagen, wo die Hahnstücken mit Seilen so lange auf eine aufgehängte Tonne, in der sich eine Stange befindet, schlagen, bis die Tonne aufeinanderfällt und die Stange entpringt, ein Brauch, wie ihn wohl auch ähnlich Schafesbear im Sinne hat, wenn er in „Hiel Garm um Nichts“ Bemittelt sagen läßt: „Wenn ich das tue, so hängt mich auf, wie die Raß im Haß und schies nach mir“.

